

Infobrief Attac-Regionalgruppe Nienburg Nr. 48 – 2023/Oktober 2

Liebe Attacies und Freund*innen

Attacies in Stadt, Land und Bund arbeiten z. Z. sehr intensiv, deshalb gibt es schon wieder Neuigkeiten und aktuelle Infos zu Aktionen und Veranstaltungen.

1. Kammerkino am 30.10.

Wir wollen nach der Sommerpause wieder zu einem aufschlussreichen Filmabend zusammenkommen und haben uns **Mo., den 30.10.23** ausgeguckt, um **19 h bei Aze, Cretschmarstr. 1** - bitte kurz per E-Mail anmelden: deraze@posteo.de.

2 etwas kürzere Filme stehen zur Auswahl:

Team Jorge: Wahlmanipulation auf Bestellung? 29 Min.

Team Jorge ist eine israelische Firma, die nach eigenen Angaben im Auftrag von Politikern und reichen Privatpersonen weltweit hackt und manipuliert. Die Firma behauptet, sie habe mit verdeckten Kampagnen in 33 nationale Wahlkämpfe und Referenden eingegriffen, angeblich in 27 Fällen "erfolgreich" im Sinne ihrer Kunden, vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die wichtigsten Akteure bei Team Jorge haben eine Vergangenheit im Dunstkreis von israelischen Sicherheits- und Geheimdiensten. Offenbar waren die Digitalöldner um ihren Chef Tal Hanan alias "Jorge" auch für die berüchtigte Datenanalysefirma Cambridge Analytica tätig. Die inzwischen aufgelöste Firma hatte mit illegalen Methoden Einfluss auf den [Brexit](#) und die [US-Wahlen](#) genommen.

Die [Recherchen zu der im Geheimen agierenden Truppe aus Israel](#) dauerten mehrere Monate. Beteiligt waren Journalisten aus mehr als 30 Redaktionen weltweit - unter anderem von der israelischen Tageszeitung "Haaretz", "Radio France", "Le Monde" und dem "Guardian". In Deutschland recherchierten das ZDF, der "Spiegel" und die "Zeit" gemeinsam.

Die Enthüllung ist Teil des Projekts "Storykillers" des [Investigativ-Netzwerks "Forbidden Stories"](#), das die gravierenden Folgen von Desinformationskampagnen aufzeigen will.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/team-jorge-desinformation-wahlen-manipulation-100.html>

Profiteure der Angst, das Geschäft mit der Schweinegrippe 53 Min.

Die Manipulation, die schamlose Ausnutzung des Vertrauens der Menschen und der Ausplünderung der Staatskassen aller Länder der Welt, gelang der Pharmaindustrie nur in Teilen. Dank mutiger, besonnener und wachsamer Wissenschaftler, die sich ihnen entschieden in den Weg gestellt hatten.

Zentrum der Gesundheit: Eine mutige Dokumentation, die auf beeindruckende Weise aufzeigt, wie weit die Pharmaindustrie bereit ist zu gehen, wenn es um Profite geht.

<https://www.zentrum-der-gesundheit.de/bibliothek/mediathek/sehenswerte-filme/profiteure-der-angst>

2. Droht eine neue globale Finanzkrise?

Vortrag und Diskussion mit Maria Kader (Finanzmarktanalystin, Wien)

Mittwoch, 8.11.2023, 18:00 - 19:30 Uhr, online.

Im März 2023 wurden innerhalb weniger Tage drei US-amerikanische Banken zahlungsunfähig. Kurz darauf geriet eine internationale Großbank, die Credit Suisse, in Zahlungsschwierigkeiten und wurde durch Vermittlung der Schweizer Regierung von ihrem Konkurrenten UBS übernommen. Die Kurse von Bankaktien brachen weltweit ein. Die Zentralbanken der kapitalistischen Zentren bemühten sich, Ansteckungseffekte einzudämmen, indem sie zusätzliche Liquidität zur Verfügung stellten. Erinnerungen an die globale Finanzkrise 2007-2008 wurden wach. Jüngst machte die Krise im chinesischen Immobiliensektor Schlagzeilen.

Liquiditätsprobleme bei der Evergrande Group und bei Country Garden, zwei der größten chinesischen Immobilienunternehmen, ließen erneut weltweit die Angst vor einer Immobilienblase in China wachsen und führten international zu Kursverlusten an den Börsen.

Wir wollen mit der Wiener Finanzmarktanalystin Maria Kader diskutieren, ob und wie sich die Geschäftsmodelle der Banken und Finanzunternehmen seit der globalen Finanzkrise 2007-2008 verändert haben, wie sich die jüngsten Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds (zunehmende geopolitische Konflikte, Coronakrise, hohe Inflationsraten, steigende Zinsen) auf den Finanzsektor ausgewirkt haben, welche Defizite nach wie vor bei der Regulierung der Finanzmärkte bestehen und wie wahrscheinlich eine neue globale Finanzkrise ist.

Die Veranstaltung findet als Videokonferenz via Zoom statt. Für die Teilnahme ist eine **Anmeldung bis zum 6.11.** auf der folgenden Website notwendig:

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/FGJPR/droht-eine-neue-globale-finanzkrise

Ein Zoom-Link zu der Veranstaltung wird kurzfristig an die angemeldeten Teilnehmer*innen verschickt.

3. UN teilt Kritik am EU-Mercosur-Pakt

Vor einigen Wochen berichteten wir (= Umweltinstitut München e.V.) vom EU-Mercosur-Abkommen, einem geplanten Freihandelspakt zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Der Vertrag ist Gift für die Agrarwende auf beiden Seiten des Atlantiks. Er treibt die Abholzung des Amazonas-Regenwalds weiter voran, erhöht den Druck auf die bäuerliche Landwirtschaft und indigene Gemeinschaften. Vor einigen Wochen haben wir deshalb in Genf bei den Vereinten Nationen einen so genannten „Parallelbericht“ eingereicht, in dem wir darlegten, dass der EU-Mercosur-Vertrag an unzähligen Stellen gegen die Menschenrechte verstoßen wird.

Jetzt hat sich der UN-Ausschuss für Menschenrechte unserer Stellungnahme angeschlossen:

Das Gremium fordert die Verhandler:innen dazu auf, das Abkommen grundlegend auf mögliche Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen. Dass wir den Ausschuss mit unserem Parallelreport dafür gewinnen konnten, so kritisch Stellung zu beziehen, ist ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen das zerstörerische Abkommen und hilft, den nötigen Druck auf die verhandelnden Staaten aufzubauen.

4. Offener Brief: Breites Jugendbündnis fordert starkes EU-Lieferkettengesetz

Pressemitteilung Junges Attac Frankfurt am Main, 16. Oktober 2023

Ein breites Bündnis aus 23 Jugendverbänden aus ganz Deutschland – darunter Jugendumwelt- und Arbeiter*innen-Verbände, Gewerkschaftsjugend, Landjugend, Pfadfinder*innen-Verbände, konfessionelle, kulturelle und migrantische Jugendverbände sowie Jugendorganisationen aus dem Bereich Fairer Handel – appelliert in einem offenen Brief an Bundeskanzler Scholz und die zuständigen Bundesminister*innen Buschmann, Habeck, Heil, Lemke und Schulze, sich im EU-Ministerrat für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz einzusetzen.

Die Jugendlichen fordern die Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und sich für ein Gesetz einzusetzen, das sozial und ökologisch verträgliche Wertschöpfungsketten sicherstellt. Dafür müssten Unternehmen verpflichtet werden, soziale und ökologische Standards entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette einzuhalten. Nur so könnte eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für alle geschaffen werden. Die Trilog-Verhandlungen für eine entsprechende EU-Richtlinie finden momentan statt.

Die Jugendverbände betonen: „Globale Wertschöpfungsketten tragen noch zu oft zur voranschreitenden Klimakatastrophe, weltweiter Ungleichverteilung von Wohlstand sowie postkolonialen Strukturen im Verhältnis des Globalen Nordens zum Globalen Süden bei. Unternehmen müssen endlich zur Verantwortung gezogen werden.“ Die Jugendlichen erklären außerdem: „Die Wirtschaft muss Teil der sozial-ökologischen Transformation sein. Freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen wirken hierbei nicht. Es braucht klare gesetzliche Regeln.“

Erik Schantz von Junges Attac erklärt dazu: „Unternehmen müssen endlich dazu verpflichtet werden, konkrete Klima- und Arbeitsschutzstandards einzuhalten! Der globale Norden profitiert von der Ausbeutung der Arbeitskräfte und Ressourcen des globalen Südens. Ein umfassendes und wirksames Lieferkettengesetz muss zugängliche Klagemöglichkeiten für Betroffene enthalten und eine gerechte Beweislastverteilung. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass diese Forderungen Teil des Gesetzes werden und noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden.“

Den vollständigen offenen Brief finden Sie hier: <https://link.attac.de/offenerbriefjugend>

Hintergrund:

Die Trilog-Verhandlungen zum EU-Lieferkettengesetz finden aktuell zwischen der EU-Kommission, dem EU-Parlament und dem zuständigen EU-Ministerrat statt. Am 16./17. Oktober tagt die zuständige Ratsarbeitsgruppe für Gesellschaftsrecht in Brüssel und bereitet das nächste Treffen des EU-Ministerrats im November vor. Dort wird erwartet, dass der Rat sein Verhandlungsmandat anpasst. Hierbei erwarten die Jugendverbände, dass Deutschland sich für die Forderungen aus ihrem offenen Brief einsetzt.

Die Pressemitteilung wurde gemeinsam mit den anderen unterzeichnenden Verbänden verfasst.

Lena Zoll - Pressesprecherin Attac Deutschland

5. Rechtsextreme Strömungen in unserem Umfeld

Vortrag von Andrea Röpke - Eintritt frei

Dienstag, 05.12. 2023 um 18 Uhr in der Freien Schule Mittelweser,
Am Förstergarten 2, 31595 Steyerberg

[Weitere Infos in der Anlage](#)

6. Kulturkampf und Klimakrise: Mediale Berichterstattung und rechte Narrative

Podiumsdiskussion von Attac - Freitag, 27. Oktober 2023, 19:30 Uhr
Stadtteilzentrum Ricklingen, Anne-Stache-Allee 7, Hannover

Die Debatte um das Heizungsgesetz hat es deutlich gemacht:

Der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau in Deutschland stößt auf massiven Widerstand, sobald konkrete Maßnahmen die materiellen Interessen derjenigen bedrohen würden, die vom gegenwärtigen Zustand profitieren.

Obwohl große Teile der Bevölkerung Klimaschutz befürworten, gelingt es einer breiten Allianz von neoliberalen Politiker*innen über die Gaslobby und die Springerpresse bis hin zu rechten Blogs dagegen mobil zu machen und Mehrheiten zu organisieren. Was als Meinungsstreit daherkommt, ist knallharte, Interessenvertretung. Wie funktioniert diese Meinungsmache? Welche Akteure sind hier aktiv und welche Narrative nutzen sie? Was machen die Medien? Und schließlich: Wie kann eine erfolgreiche Gegenhegemonie aufgebaut werden und welche Rolle kann dabei Attac beispielsweise mit seiner Bildungsarbeit spielen?

Darüber diskutieren die **Autorin und Journalistin Sara Schurmann** und **Judith Amler von Attac** auf dem Podium.

Die Moderation übernimmt Thomas Eberhardt-Köster von Attac.

7. Klimaschutz und Torfabbau passen nicht zusammen!

Im Niedersächsischen Landtag wird derzeit ein Gesetz zur Verbesserung des Klimaschutzes erarbeitet. Im Gesetzentwurf ist von einem vollständigen Verbot des Torfabbaus die Rede. Das ist zu begrüßen.

Auf keinen Fall ist der BUND einverstanden mit den langen Übergangsfristen selbst für noch nicht genehmigte Anträge. Z. B. liegt der Genehmigungsbehörde ein Antrag der Firma Meiners (Landkreis Nienburg) vor, bis 2063 zusätzlich ca. 1 Mio. Kubikmeter Torf abzubauen (vertiefter Abbau!).

Wie soll damit laut Klimaschutzgesetz des Bundes bis zum Jahr 2045 Treibhausgasneutralität erreicht werden?

Wir bitten, folgende Petition euren Mitgliedern zukommen zu lassen, zu unterzeichnen und die Petition in euren Netzwerken breit zu streuen.

https://weact.campact.de/petitions/torfabbau-jetzt-stoppen?share=9744c31c-d913-45b0-a846-d40e15289d66&source=copy_email&utm_source=copy_email/?utm_id=wa-recaif